

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich, nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme im Voraus 2,00 Mark, bei Bestellung durch die Posten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,60 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6



Nr. 106 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 7. Mai 1924

Nach der Schlacht.

Nun hat der Wähler das Wort gehabt, nachdem er vier Wochen lang gar viele Worte hat hören müssen, nachdem er namentlich in den letzten Tagen mit gedruckten Versprechungen und Drohungen überschüttet worden ist. Wie hat er gesprochen?

So, wie man es im allgemeinen erwartet hat: Die Flügelparteien rechts und links haben das Rennen gemacht. Soweit man nach den bisher vorliegenden Resultaten beurteilen kann, haben Deutschnationalen und Deutschvölkische auf der einen, die Kommunisten auf der anderen Seite einen starken Sieg davongetragen, der auf Kosten der Mitte, und namentlich der Sozialdemokraten, errungen worden ist. Denn gerade die Sozialdemokratie scheint, soweit man das am ersten Tage nach der Wahlentscheidung beurteilen kann, einen Verlust von etwa 30% buchen zu müssen, der in der Hauptsache wohl den Radikalen auf der Linken zugute gekommen ist. Die ersten Zahlen scheinen zu zeigen, daß man diesmal etwas wahlreifer gewesen ist, als das beim letzten Reichstag der Fall war. Wie sich die Stärke der Parteien nun aber wirklich ergeben wird, wird sich erst herausstellen, wenn auch die Berechnung der Resultate im engeren Sinn erfolgt ist und die Zahl der auf Reichsstelle gewählten Kandidaten feststeht. Besonders stark scheinen die Deutschnationalen ihre Reichsstelle mit diesen Resultaten versehen zu haben, was für diese Partei von großer Bedeutung ist, weil dort eine Ausdehnung der Stimmen für die Wahlkreiseverbände nicht stattfinden durfte; vielmehr gehen sämtliche Reichsstimmen der Wahlkreise ohne weiteres auf Reichsstelle.

Sehr erheblich verloren hat außer der Sozialdemokratie aber auch die Deutsche Volkspartei, — aber das Charakteristische des neuen Reichstages wird die noch viel weitergehende Parteierspaltung sein, als das bisher der Fall war. Neu tauchen dort die Nationalliberale Vereinigung und die Deutschsozialen auf, die in der Stärke von zwei Mann einzeln zu stehen. Neu ist auch, wenn man so sagen will, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die aber doch nicht die großen Erfolge errungen hat, auf die sie gehofft hatte. In Bayern ist ihre Stimmenzahl nicht unbedingt zurückgegangen, gegenüber dem Resultat der dortigen Landtagswahlen vor vier Wochen.

Doch die wichtigere Frage ist, wie sich diese Wahl nun für die Zukunft auswirken wird. Der starke Verlust der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie machen es fraglich, ob die große Koalition zur Grundlage einer Regierungsumbildung und Neubildung herangezogen wird. Ob das Kabinett Marx dem Reichspräsidenten seine Demission anbieten wird, steht vorläufig dahin. Was dann werden soll, wenn die Parteien der Mitte sich weigern sollten, aus diesem Wahlergebnis und der Stärkung der Rechte die Folgerungen zu ziehen, läßt sich beim besten Willen nicht sagen. Für eine jede Regierungskonstellation ist die Basis nicht bloß sehr schwach, sondern auch deswegen sehr unsicher, weil sich die Zahl der Parteien vermehrt hat und damit die Reichsstellen verbreitert worden sind. Interessant im neuen Reichstag dürfte das Zusammenreffen der beiden Antipoden von rechts und links, der Völkischen und der Kommunisten, werden. Denn man muß damit rechnen, daß allein diese beiden Flügelparteien zusammen zweifellos annähernd hundert Mandate haben werden.

Ob der Reichstag also arbeitsfähig werden wird, ist noch mehr wie zweifelhaft. Welche Koalition die Grundlage der neuen Regierung werden wird, und wer diese führen wird, das liegt noch tief im Schoße der Götter.

Vorläufiges Wahlergebnis.

Charakteristisch für den Verlauf der Wahl ist die Tatsache, daß die Wähler die Zerstückelungsbestrebungen, die sich in der Bildung von den nachstehend verzeichneten 24 Parteien zeigten, nur in schwachem Umfang mitgemacht haben. Nach den nunmehr vorliegenden amtlichen Ergebnissen haben erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	99	(71)
Deutsche Volkspartei	45	(65)
Deutschvölkische	32	(8)
Zentrum	62	(65)
Bayerische Volkspartei	15	(18)
Demokraten	21	(40)
Deutschbannoveraner	5	(2)
Vereinigte Sozialdemokraten	99	(108)
Kommunisten	61	(26)
Unabhängige	9	(61)
Nationalliberale Vereinigung	—	(—)
Wirtschaftspartei	—	(—)
Bayerischer Bauernwirtschaftsb.	10	(—)
Deutschnationale Partei (Kunze)	4	(—)
Nationale Freiheitspartei	—	(—)
Seinerbund	—	(—)
Republikanische Partei	—	(—)
Sozialistischer Bund (Lederbour)	—	(—)

Verschärfung der Lage im deutsch-russischen Konflikt

Unterbrechung der deutschen Handelsbeziehungen mit Moskau.

Berlin, 5. Mai. Durch Anordnung des russischen Botchafters Krestinski ist die russische Handelsvertretung bis zur Erledigung des Zwischenfalles geschlossen worden. Die Weiterführung der Handelsvertretung wird davon abhängig gemacht, in welcher Form der Konflikt zwischen Berlin und Moskau beigelegt wird. Durch diese Schließung sind sämtliche Geschäfte, die zwischen deutschen und ausländischen Firmen in Berlin mit der Sowjetregierung bereits eingeleitet waren, bis auf weiteres zum Stillstand gekommen. Auf Veranlassung der Bottschaft ist es abgelehnt worden, irgendwelche Vertreter der deutschen Industrie oder des Handels bis auf weiteres zu empfangen.

Zurückweisung des deutschen Protestes

Berlin, 5. Mai. Wie die Delegation erfährt, hat der russische Botshaft in Berlin Krestinski die vom deutschen Auswärtigen Amt in der heutigen Note wegen der Vorgänge in der russischen Handelsvertretung eingeleitete Verwahrung zurückgewiesen. Krestinski hat das in einer Note, in welcher die Aussagen des deutschen Polizeibeamten als ungläubhaft bezeichnet werden, weil diese Personen an den Vorfällen interessiert seien, und widerlegt sie durch eine neue Darstellung von Ausfagen einzelner Mitglieder der russischen Handelsvertretung. Wenn das Auswärtige Amt dann noch Verwahrung einzulegen für notwendig halte gegen das pflichttreue Verhalten der Angestellten der russischen Handelsvertretung und es für möglich halte, deren gegenwärtige Verhaftung und den Versuch gerichtlicher Verfolgung zu rechtfertigen, so lege er sich gezwungen, die vom Auswärtigen Amt eingeleitete Verwahrung zurückzuweisen.

Die Verhafteten der russischen Handelsvertretung.

Berlin, 6. Mai. Von den in der russischen Handelsvertretung festgenommenen Personen sind gestern sieben der Festgenommenen den ausländischen Richtern vorgeführt worden. Wegen fünf von ihnen hat der Richter Haftbefehl erlassen, die zwei anderen wurden aus der Haft entlassen.

Krestinski's Abreise verschoben.

Paris, 6. Mai. Krestinski, der russische Botshaft in Berlin, der ursprünglich gestern abend nach Moskau zu reisen beabsichtigte, wird zunächst noch die Ankunft des in London weilenden Chefs der Handelsdelegation abwarten.

- Chriftlich-sozial-Volksgemeinschaft — (—)
- Deutsche Arbeitnehmerpartei — (—)
- Kreier Wirtschaftsbund — (—)
- Mieterschubbund — (—)
- Nationale Minderheiten (Polen) — (—)
- Bund der Geusen — (—)

Die Gewählten.

Von bekannten früheren Abgeordneten und Postulanten aus allen Parteien seien nachstehend genannt:

Deutschnationale Volkspartei: Graf Westarp, Berg, Fürst Otto Bismarck, Geisler, Staatsminister a. D. Ballas, Pastor D. Mumm, Rippel, Großadmiral v. Tirpitz, Graf Volko Kulenburg, Dr. v. Dröndler, Oberforstmann-Riel, Weinböck-Franzen, Lind-Hessen-Rassau (für Helfferich), Schiele, Magdeburg, Bazille-Smitigart, Professor Hoeyrich, Löwenberg, Dr. Everling, Dr. Barth, Stubendorff, Graf v. Brens, Maltewitz, Schlange, Bruhn, Dr. Eickert.

Deutsche Volkspartei: Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Reichsjustizminister a. D. Heinze, Dr. Kahl, Frau Kende, Minister a. D. Dr. Scholz, Minister a. D. Dr. Veder-Hessen, Dr. Auhlenkampff-Magdeburg, Dr. Kalle-Hessen-Rassau, Hepp-Hessen, Dr. Moldenhauer, Dr. Wunderlich, Thiel, Wilmingshaus, Deuheuser, Dr. Kempter, Gouverneur a. D. Schnee.

Deutschvölkische: General Ludendorff, Oberamtmann Friedl, v. Gräfe-Goldebeck, Blume-Ressing, v. Ramin, v. Goldacker, Graf Feder, Dr. Canher, Graf Leventsov, Wulle, Kapitänleutnant Wüde.

Demokraten: Minister a. D. Dr. Dernburg, Dr. C. v. Siemens, Reichsminister a. D. Schiffer, Oberbürgermeister Dr. Käpiz-Dresden, Professor Boehm, Minister Dietrich-Waden, Reichsminister a. D. Koch, Volkshausier Graf Bernstorff, Professor Dr. Schüling, Frau Gertrud Bäumer.

Zentrumspartei: Reichskanzler Dr. Marx, Reichskanzler a. D. Dr. Birtz, Reichskanzler a. D. Ehrenbach, Diez-Waden, Dr. Spahn, Frau Hedwig Dransfeld, Hofmann-Ludwigsdorfer, Pfarrer Ulbricht, Dr. Meiser, Reichsminister a. D. Dr. Veil, Reichsminister a. D. Wiedebert, Florian A. Lödner, Imbusch-Essen, Walat-Kass-Frier, Geheimrat v. Guérard, Justizminister Soja-Smitigart, Andre-Smitigart, Schwarz-Franfurt

Die Regierung bleibt bis zum Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 6. Mai. Heute tritt das Reichskabinett nochmals zusammen, um die durch die Wahlen geschaffene Lage zu besprechen. Innerhalb des Kabinetts ist jetzt die Auffassung zur Herrschaft gelangt, vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages von der Demission abzusehen. Man betont, daß selbstverständlich das Kabinett Marx sich der Entwicklung der Dinge nicht hindernd in den Weg stellen wolle, daß aber kein Grund vorliegt, sofort zu demissionieren und beruft sich auf das Beispiel des Kabinetts Baldwin, das nach den Wahlen ebenfalls die Geschäfte noch wochenlang geführt und auch erst beim Parlamentszusammentritt demissioniert habe.

Fortbestand der englisch-französischen Schwierigkeiten.

Paris, 6. Mai. Nach dem Brüsseler Tempokorrespondenten erklärt man in dortigen Regierungskreisen, die Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich würden trotz der Zusammenkunft von Chequers noch fortbestehen.

Rücktritt des bayerischen Kabinetts.

München, 6. Mai. Der vorige Woche angekündigte Rücktritt des Ministeriums Knilling ist zur Tatsache geworden. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten teilte der Ministerpräsident mit Rücksicht auf die Auflösung des Landtages, der die bisherige Regierung befehligt hatte, und in Übereinstimmung mit seinen Kollegen den Rücktritt des Kabinetts mit. Die Kabinettsmitglieder werden vorläufig die Geschäfte weiterführen.

Wieder Ausnahmezustand in Bayern

München, 5. Mai. Das Staatsministerium des Innern weist in einem Erlass darauf hin, daß die Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit aufgehoben ist, so daß also die Bestimmungen des Ausnahmezustandes mit dem heutigen Tage wieder in Kraft treten.

Deutschland auf der Auswanderungskonferenz.

Berlin, 6. Mai. Bei einer internationalen Auswanderungskonferenz, die Mitte des Monats in Rom abgehalten wird, wird Deutschland durch eine Delegation unter Führung Staatssekretärs a. D. Kühlmann vertreten sein.

am Wein, Krone-Bräutigam, Imbusch, Esser, Frau Dransfeld.

Bayerische Volkspartei: Reichsjustizminister Emminger, Domkapitular Leicht, Schirmer, Gerstenberger, Frau Lang-Brumann, Dr. Pfeifer.

Sozialdemokraten: Eduard Bernstein, Zubeil-Berlin, Weis, Reichsminister a. D. Hilferding, Dr. Paul Levi, Minister a. D. Dr. David, Ministerpräsident Ulrich-Hessen, Stäulen-Berlin, Dittmann, Ströbel, Bismann, Hoch, Reichskanzler a. D. Scheidemann, Ged-Mannheim, Schöpflin-Karlsruhe, Reichsminister a. D. Sellmann, Reichsminister a. D. Robert Schmidt, Reichsminister a. D. Wiffell, Ministerpräsident Otto Braun, Auer-München, Frau Burm-Thüringen, Gefandier Hilkenbrand-Stuttgart, Schnabrich-Hersfeld, Reichsminister a. D. Gustav Bauer-Magdeburg, Hermann Müller, Lipinski, Hielkner, Crispian, Seimann, Kufhäuser, Henke, Reil, Dr. Breitscheid, Frau Juchacz.

Bayerischer Bauernbund: Professor Fehr, Bachmeier.

Unabhängige Sozialdemokraten: Theodor Liebknecht.

Kommunisten: Gesche, Thälmann, Kemmele-Smitigart, Scholem, Hedder-Sachsen, Frölich, Kanzler-Baden, Ruth Fischer, Tieder, Höllein, Alara Zeitlin, Jundel-Hessen, Heilmann-Kar, Eichhorn, Dr. Rosenberg, Roenen, Frölich.

Deutschbannoveraner: Dr. Graf v. Bernstorff, Albers.

Wirtschaftspartei: Lude.

Neue Männer.

Von Gewählten, die zum erstenmal in den Reichstag einzutreten sind hervorzuheben:

Von den Deutschnationalen Großadmiral v. Tirpitz, der junge Fürst Otto v. Bismarck, Dr. v. Dröndler, Rittergutsbesitzer Stubendorff. Deutschvölkische: General Ludendorff und Oberamtmann Feld. Deutsche Volkspartei: der Führer des Reichslandbundes Hepp und der frühere thüringische Staatsminister Leuthkeuser. Zentrum: Walter Ulbricht.

Reichstagsfeier am 20. Mai?

Man wird damit rechnen müssen, daß das endgültige amtliche Ergebnis der diesjährigen Reichstagswahl erst in zwölf Tagen zu erwarten sein wird. Dann werden zu-

nächst die Abgeordneten zur Bildung von Fraktionen zusammenzutreten und der Präsident wird dann den Reichstag einberufen. Der früheste Termin des Reichstagszusammentritts dürfte kaum vor dem 20. Mai fallen. Möglicherweise reicht das Gesamtkabinett vorher dem Reichspräsidenten seine Demission ein.

Stimmen des Auslandes.

Die englischen Blätter betonen, soweit sie am Montag schon Stellung zu den deutschen Wahlen nahmen, daß bis jetzt der Eindruck vorherrsche, die Wahlen scheinen nicht ganz ungünstig für die gegenwärtige Regierung zu sein; die extremen Nationalisten hätten nicht ganz so gut abgeschnitten, als sie selbst zu hoffen schienen. Hervorgehoben werden die Erfolge der Deutschnationalen in Berlin und der Kommunisten in Sachsen.

In Paris äußern die Blätter sich noch zurückhaltend. Die meisten sind der Ansicht, das Reich habe sein Gleichgewicht nicht verloren. Die Verstärkung der extremen Parteien sei nicht so groß, daß sie die bisherige Ordnung umstoßen kann. Der Sachverständigenbericht hat Deutschland vor der Katastrophe geschützt. Allgemein wird die starke Wahlbeteiligung hervorgehoben. Wenn die bisherigen Eindrücke durch das Gesamtergebnis keine Änderung erfahren, dürfte man hoffen, daß die Entwicklung sich besser gestaltet, als in Frankreich von den Befürwortern einer Verständigung erwartet worden sei.

Den amerikanischen Zeitungen lagen nur Teilergebnisse der Wahlen in Deutschland vor. "Public Ledger" schreibt, alle Regierungen in Deutschland versprechen bisher viel, führten aber das Volk nur immer in neue Sackgassen hinein. Ein Rechtsruck sei zweifellos erfolgt, aber nicht in genügender Stärke, so daß die Reichspolitik unverändert bleiben dürfte.

Parteistärken im letzten Reichstag.

Bei der Wahl von 1920 wurden Stimmen abgegeben für Deutschnationale Volkspartei 4.251.647, Deutsche Volkspartei 3.895.310, Zentrum 3.833.149, Demokraten 2.329.986, Sozialdemokraten 6.148.232, Unabhängige 4.967.923, Kommunisten 586.732. Die dadurch für die einzelnen Parteien erzielten Mandate summieren sich durch Verrechnung, Reichswahlliste, Spaltung und Zusammenfassung usw. später im Reichstage nach dem amtlichen Ergebnis wie folgt:

Deutschnationale	71
Deutsche Volkspartei	65
Zentrum	69 (+3)
Demokraten	40
Sozialdemokraten	108
Unabhängige	61
Kommunisten	25
Bayerische Volkspartei	19 (+1)
Bayerischer Bauernbund	4
Deutsch-Hannoversche Partei	2
Bei keiner Fraktion	1
Zusammen	469

Diesmal wird die Mandatszahl im Reichstage erheblich größer werden, da auf 60.000 Wähler je ein Abgeordneter entfällt, wozu noch die Restmandate der Reichswahlliste kommen. Man rechnet auf ungefähr 500 Abgeordnete. Nur Parteien, die wenigstens ein Mandat in einem Wahlkreis direkt erlangen, sind berechtigt, die Reststimmen der Reichswahlliste in Anspruch für weitere Mandate zu bringen. Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug 1920 im ganzen 34.910.836.

Wirtschaftliche Zwangsandrohungen.

Angebliche belgische Vorschläge.

Über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Macdonald und den belgischen Ministern ist in London nichts bekanntgegeben worden. Doch bringen die Blätter verschiedene angeblich authentische Mitteilungen, die allerdings zum Teil einen recht ungünstigen Eindruck machen. So berichtet der "Evening Standard":

Die Belgier hätten ein Schema automatischer Garantien wirtschaftlicher Art ausgearbeitet. Hiernach schlage der belgische Premierminister vor, im Falle deutscher Verstöße den wirtschaftlichen Boykott über Deutschland zu verhängen, so daß England, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, Jugoslawien und andere Mitglieder des Völkerbundes einen Ring wirtschaftlicher Druckmittel um Deutschland legen. In solchen Fällen müsse Deutschland jede ausländische Anleihe und jeder Kredit entzogen werden.

Selbst der Pariser "Temps" sagt dazu, so etwas sei eine entsetzliche Wasse. Es würde sich augenblicklich in Deutschland eine Finanzblockade schärfer fühlbar machen als zu irgendeiner anderen Periode, denn Deutschland habe noch niemals ausländische Kapitalien derart notwendig gehabt wie jetzt.

Was Thémis sagte.

Bei der Ankunft der belgischen Minister in Offenbach erklärte Ministerpräsident Thémis einem Mitarbeiter der "Times", es sei verabredet worden, daß man sich die größte Zurückhaltung in Mitteilungen über die Unterredungen in Chequers auferlege, eine Zurückhaltung, die von wesentlicher Bedeutung für den Versuch, eine vollständige Entente zwischen den Alliierten herzustellen, sein kann. Thémis fuhr fort: Wir haben bei Macdonald einen sehr herzlichen Empfang gefunden. Der britische Premierminister ist unzweifelhaft von dem Wunsch befeuert, zu einer Übereinstimmung zu gelangen, und verheißt seine Sympathien für Frankreich nicht. Wir haben das Reparationsproblem in großen Zügen unter Bezugnahme auf den Plan der Sachverständigen erörtert, und der unbedingt notwendige gute Wille, zu einer Einigung zu gelangen, ist vorhanden.

Die interalliierte Konferenz.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob bald eine interalliierte Konferenz stattfinden werde, erklärte der Außenminister Syme: Es ist schwer, diese Frage jetzt zu beantworten. Eine interalliierte Konferenz wird an dem Tage zusammentreten, an dem die Sicherheit vorhanden ist, daß sie zu einer Übereinstimmung gelangen kann. Wie ich die Lage nach den Unterredungen, die wir gehabt haben, beurteile, scheint mir, daß eine solche Konferenz näher bevorsteht, als allgemein angenommen wird.

Das Endergebnis aus den 3 sächsischen Wahlkreisen

Das Endergebnis aus den drei sächsischen Wahlkreisen, das nur wenig von den bereits gestern mitgeteilten Ergebnissen abweicht, ist folgendes:

28. Wahlkreis: Dresden—Baugen.

1) Sozialdemokraten	334.652 Stimmen	9) Wendische Volkspartei	6.346 Stimmen
2) Deutschnat. Volkspartei	225.300 "	10) Zentrum	11.794 "
3) Demokraten	92.337 "	11) Evangelische Partei	6.151 "
4) Kommunisten	80.802 "	12) Bölkisch-Soziale	43.472 "
5) Christlich-Soziale	5.667 "	13) Republikanische Partei	1.514 "
6) Polnische Volkspartei	786 "	14) Unabhäng. Sozialdemokr.	7.240 "
7) Deutsch-Soziale	23.448 "	15) Deutsche Volkspartei	126.247 "
8) Haenke-Bund	655 "	16) Nat.-Lib. Vereinigung	1.932 "

Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lagen 8 Wahlvorschläge vor, von denen auf die einzelnen folgende Stimmen entfielen: Dnat. Sp. 149.843, Deutsche Sp. 172.033, Zentrum 14.581, Demotr.

29. Wahlkreis: Leipzig

1) Sozialdemokraten	211.243 Stimmen	9) Deutsche Volkspartei	114.775 Stimmen
2) Deutschnat. Volkspartei	126.875 "	10) Polnische Volkspartei	298 "
3) Kommunisten	109.556 "	11) Sozialer Bund	1.604 "
4) Demokraten	50.533 "	12) Zentrum	3.320 "
5) Deutsch-Soziale	5.557 "	13) Nationallib. Vereinigung	2.086 "
6) Unabhäng. Sozialdemokr.	11.637 "	14) Bölkisch-Soz. Block	55.268 "
7) Haenke-Bund	782 "	15) Republikanische Partei	2.988 "
8) Christlich-Soz. Volksgem.	2.951 "		

Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lagen 8 Wahlvorschläge vor, von denen auf die einzelnen folgende Stimmen entfielen: Dnat. Sp. 107.802, Deutsche Sp. 132.629, Zentrum 2.516, Demotr.

30. Wahlkreis: Chemnitz—Zwickau

1) Sozialdemokraten	251.338 Stimmen	7) Deutsch-Soziale	3.867 Stimmen
2) Demokraten	58.381 "	8) Bölkisch-Soziale	70.728 "
3) Kommunisten	182.457 "	9) Sozialer Bund	4.958 "
4) Deutsche Volkspartei	109.416 "	10) Republikanische Partei	2.744 "
5) Deutschnat. Volkspartei	159.846 "	11) Zentrum	3.670 "
6) Wirtschaftspartei		12) Nationallib. Vereinigung	1.495 "
Deutsche Mittelstandspartei	72.717 "	13) Haenke-Bund	675 "

Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lagen 8 Wahlvorschläge vor, von denen auf die einzelnen folgende Stimmen entfielen: Dnat. Sp. 155.685, Deutsche Sp. 143.600, Zentrum 2.465, Demotr.

Für den Freistaat Sachsen ergibt sich demnach folgendes Bild. Es sind gewählt:

2 (0) Deutsch-Bölkische.

1. Diplomingenieur Feder-München (Wahlkr. Chemnitz)
2. Schriftsteller Fritsch-Leipzig (Wahlkreisverb.)

Reststimmen für die Reichsliste:

18 (5) Deutschnationale.

1. Dr. Albrecht Philipp-Borna (Wahlkr. Leipzig)
2. Univ.-Prof. Dr. Hoersch-Berlin (Wahlkr. Leipzig)
3. Syndikus Dr. Reichert-Berlin (Wahlkr. Dresden)
4. Bauerngutshof, Domisch-Großhennersdorf (Wahlkreis Dresden)
5. Gewerkschaftsführer Hartmann-Dresden (Wahlkreis Dresden)
6. Obermeister Bienen-Chemnitz (Wahlkr. Chemnitz)
7. Amtsgerichtsrat Dr. Barth-Joidau (Wahlkr. Chemnitz)
8. Baumeister Paul-Dresden (Wahlkreisverb.)

5 (6) Deutsche Volkspartei.

1. Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Leipzig (Wahlkr. Leipzig)
2. Staatsminister a. D. Dr. Heinze-Dresden (Wahlkreis Dresden)
3. Syndikus Dr. Schneider-Dresden (Wahlkr. Dresden)
4. Konteradmiral a. D. Brüninghaus-Berlin (Wahlkreis Chemnitz)
5. Verbandsgeschäftsführer Tschel-Berlin (Wahlkreisverb.)

Politische Rundschau

Deutschland wünscht schnelle Arbeit.

An die Reparationskommission.
Im Auftrage der deutschen Regierung hat der Oberregierungsrat Dr. Hans Meyer an die Eisenbahndelegierten der Reparationskommission Ledebur und Sir F. Acworth geschrieben und sie gebeten, möglichst bald mit den deutschen Vertretern, den Staatssekretären Bergmann und Voigt in Berlin zusammenzutreffen. Lautet die Antwort zusage, dann kann in wenigen Tagen die Beratung über die Eisenbahnorganisation beginnen. Auch an die Delegierten der Reparationskommission für die Industrieobligationen, den Franzosen Descamps und den Italiener Pirelli, ist ein ähnliches Ersuchen gerichtet worden.

Versorgung der Offiziere und ihrer Hinterbliebenen.

Mit Wirkung vom 1. April 1924 ab sind die Verpflegungszulagen für ehemalige Offiziere und Militärbeamte des Friedensstandes und die Kriegsversorgung ihrer Hinterbliebenen neu festgestellt worden. Die einfache Verpflegungszulage beträgt nun monatlich 12 Goldmark; die erhöhte Verpflegungszulage monatlich 36 Goldmark; der Zuschlag zum Witwengeld monatlich 12 Goldmark; der Zuschlag zum Waisengeld monatlich 9 Goldmark. Außerdem können künftig auf Antrag an ehemalige Offiziere und Militärbeamte des Friedensstandes, die bisher eine Kriegs-, Tropen-, Luftdienst- oder Verpflegungszulage bezogen haben, in Bedürfnisfällen Zuschläge von den Versorgungsämtern bewilligt werden, wenn sie jetzt nicht Goldmarkbeträge in Höhe von mindestens einem Drittel der früheren gesetzlichen Bezüge erhalten.

Rokardenverbot in Bayern.

Die Staatsregierung erließ eine Anordnung, die das öffentliche unbesugte Tragen von Abzeichen der früheren oder der jetzigen deutschen Wehrmacht mit sofortiger Wirkung unter Androhung von Strafen verbietet. Die Anordnung dürfte durch das in letzter Zeit wieder in stärkerem Maße bemerkte Auftreten von Personen mit militärischen Kokarden und sonstigen Grababzeichen veranlaßt sein.

3 (3) Demokraten.

1. Bürgermeister Dr. Kälz-Dresden (Wahlkr. Dresden)
2. Univ.-Prof. Dr. Goeck-Leipzig (Wahlkreisverb.)
3. Richter Brodauf-Chemnitz (Wahlkreisverb.)

1 (0) Mittelstandspartei.

1. Oberpostsekretär Lück-Chemnitz (Wahlkr. Chemnitz)

13 (17) Sozialdemokraten.

1. Redakteur Seger-Leipzig (Wahlkr. Leipzig)
2. Staatsminister a. D. Lipinski-Leipzig (Wahlkr. Leipzig)
3. Redakteur Sauer-Leipzig (Wahlkr. Leipzig)
4. Staatsminister a. D. Gleichner-Dresden (Wahlkr. Dresden)
5. Redakteurin Dow-Gender-Frankfurt a. M. (Wahlkr. Dresden)
6. Amtshauptmann Schmidt-Weißer (Wahlkr. Dresden)
7. Textilvertreter Krähig-Berlin (Wahlkr. Dresden)
8. Amtshauptmann Schirmer-Freiberg (Wahlkr. Dresden)
9. Schriftsteller Strobbe-Berlin (Wahlkr. Chemnitz)
10. Hauptschriftleiter Seydewitz-Zwickau (Wahlkr. Chemn.)
11. Amtshauptmann Kubitz-Chemnitz (Wahlkr. Chemnitz)
12. Rechtsanwalt Dr. Ledi-Berlin (Wahlkr. Chemnitz)
13. Herzlin Dr. Stegmann-Dresden (Wahlkreisverb.)

6 (1) Kommunisten.

1. Metallarbeiter Strohbe-Leipzig (Wahlkr. Leipzig)
2. Angestellter Hädel-Dresden (Wahlkr. Dresden)
3. Redakteur Hedert-Berlin (Wahlkr. Chemnitz)
4. Sekretär Grube-Zwickau (Wahlkr. Chemnitz)
5. Bauarbeiter Roscher-Podau (Wahlkr. Chemnitz)
6. Maler Nagel-Leipzig (Wahlkreisverb.)

Zürlei.

Explosion einer Hölzemaschine. In Konstantinopel explodierte eine in einem Auto untergebrachte Hölzemaschine im Stadtpark Stambul. Der Chauffeur und ein Begleiter wurden in Stücke zerrissen, zwei andere Personen trugen schwere Verletzungen davon. Man nimmt an, daß es sich um politische Attentäter handelt, welche die Bombe in eine aus Anlaß der Kaiserfeier einberufene Sozialistenversammlung schleudern wollten.

Tagesneuigkeiten

Schwerer Diebstahl bei der Reichspost. In der Nacht zum 26. April traf mit der Bahnpost Bodenbach-Prag in Prag eine Sendung ein, die von der deutschen Reichspost in Berlin an die Deutsche Agrar- und Industriebank in Prag abgehandelt worden war. Die Sendung sollte einen Beitrag von 850.000 Fingerringen enthalten. Als die Sendung von Zollbeamten untersucht wurde, stellte sich heraus, daß der Sack auf dem Boden aufgeschnitten und wieder zugenäht worden war. Die Sendung wurde kommissarisch geöffnet, und man fand im Sack ein Paket Glaswaren, das aus Gabsburg abgehandelt worden war. Es wurde festgestellt, daß die Glasware am 24. April von Bodenbach nach Dresden abgefertigt worden war, wo sie einen Tag später angelangt war. Demnach scheint der Diebstahl auf dem Dresdener Postamt verübt worden zu sein.

Vielerhundertjähriges Schuljahr. Mit dem neuen Schuljahr tritt das Gymnasium Ernestinum zu Gotha in das 400. Jahr seines Bestehens ein. Begründet von dem Gothaer Reformator Friedrich Brunner, kann es auf eine reiche und interessante Geschichte zurückblicken. Zur Vorbereitung der Vierhundertjahrfeier hat sich aus früheren Schülern und Lehrern ein Ehrenauschuß gebildet, dem namhafte Universitätsprofessoren, Künstler, Führer des Wirtschaftslebens u. a. angehören.

Eprengungsgläd in einem Bergwerk. Die im Walde von Döschingen bei Baden-Walden belagene "Silberhöhle" ist seit einiger Zeit als Schwefelspatbergwerk in Betrieb; es

